

JOACHIM LOHMANN

## GGG – Die ersten 20 Jahre: Aufbruch, Durchbruch und Stabilisierung

Die Gesamtschule und mit ihr die GGG waren schulpolitisch das rote Tuch für die politische und gesellschaftliche Rechte. Dass die Gesamtschulen die härteste Konfrontation überstanden haben, es eine zweite Gründungswelle für Gesamtschulen gab, dass jetzt die Schulstruktur in Bewegung gerät und die äußere Leistungsdivergenz zurücktritt, ist nicht zuletzt auch das Verdienst der GGG. Dabei war sowohl ihre Gründung als auch ihre Organisation selbst unter Gesamtschul-Befürwortern strittig.

### Die Bedeutung des Gesamtschulverbandes

Die GGG wurde 1969 gegründet. Erster Vorsitzender war Horst Mastmann, der Leiter der Walter-Gropius-Gesamtschule in Berlin-Neukölln, die Carl-Heinz Evers einmal als Mutterkloster der Gesamtschule bezeichnet hatte. Erster Geschäftsführer der GGG wurde der Stadtschulrat von Dortmund, Herbert Frommberger. Die Gründung eines Gesamtschulverbandes stieß bei Gesamtschul-Befürwortern in der GEW und in der SPD auf Kritik; der GGG wurde vorgehalten, die Gruppe der Gesamtschul-Engagierten in den genannten Organisationen zu schwächen.

Rückblickend hat sich eine organisatorisch eigenständige Gesamtschul-Vertretung bewährt. Die GGG hat zweifellos das Verdienst, die Idee der gemeinsamen Schule für alle auch in Zeiten der schulpolitisch härtesten Konfrontation durchgehalten zu haben. Sie hat damit auch Gesamtschul-Positionen an der Basis der SPD und der

Gewerkschaften gestärkt. Denn in der Spitze der SPD auf Bundes- wie auf Länderebene gab es sehr wohl Tendenzen, auf das Ziel der gemeinsamen Schule für alle zu verzichten. Auch die Errichtung weiterer Gesamtschulen kam in vielen Ländern vor allem auf Druck der Basis zustande, an der zumeist die GGG beteiligt war. In der GEW gab es Perioden, in dem die Schulstrukturfrage weitgehend von einer Ständespaltung überdeckt war.

### Der Umbruch 1972

Während die GGG zwischen 1972 bis 1988 weitgehend durch Kontinuität geprägt war, bedeutete der Bundeskongress 1972 einen erheblichen Einschnitt. Er zeigte sich in personellen, organisatorischen und konzeptionellen Veränderungen: der ehemalige Berliner Bildungssektor Carl-Heinz Evers wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt, der basis- und kommunalorientierte Günter Bechert wurde Geschäftsführer. Der Widerstand aus der bisherigen Führung gegen ihn veranlasste mich, ebenfalls für den Vorstand zu kandidieren, zwei Jahre später wurde ich dann auf Vorschlag von Evers zu seinem Nachfolger gewählt. 1980 folgte mir Otto Herz, seine Nachfolgerin wurde von 1982 bis 1988 Christa Lohmann.

### Die Basisorientierung

Organisatorisch wurde aus einem eher auf Honoratioren ausgerichteten Verein ab 1972 eine Basisgesellschaft: Der Titel Präsident wurde aufgegeben, das Kuratorium

von ausgewählten Repräsentanten wurde aufgehoben, die GGG erhielt einen Unterbau, öffnete sich für alle Gesamtschul-Engagierten und wurde zu einem einflussreichen Bildungsverband außerhalb der Lehrerverbände.

Ansatzpunkt für den Unterbau war der Vereinigungsbeschluss auf dem Bundeskongress 1972 zwischen der GGG und dem Arbeitskreis Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen, der von Günter Bechert mit Unterstützung von Jürgen Girgensohn initiiert war und der zum Landesverband Nordrhein-Westfalen der GGG wurde. Es folgte die Gründung von Landes- und teils auch Ortsverbänden in allen alten Bundesländern.

Vor allem war die Gewinnung von Mitgliedern wichtig, um zu neuen Gesamtschul-Initiativen zu kommen und um bestehende Gesamtschulen zu stützen. Zugleich sollte der Verband finanziell eigenständig arbeiten und für Zeiten vorsorgen können, in denen mit einer Bundesförderung nicht mehr gerechnet werden konnte. Neue Mitglieder wurden einerseits Kommunen, die besonders in Nordrhein-Westfalen zu aktiven Förderern von Gesamtschulen wurden. Andererseits konnten neben Lehrkräften auch Eltern und zeitweise auch Schülerinnen und Schüler für die Gesamtschularbeit gewonnen werden. In der Verantwortung von Sabine Gerbaulet, Horst Speichert und Jürgen Tillmann wurden in mehreren Aktionen Mitglieder geworben, deren Anzahl 1980 auf gut 4.000 anstieg.

Die Mitgliedergewinnung erwies sich als lebensnotwendig, denn mit der politischen Wende 1982 blieben die Bundesmittel aus und die GGG musste alle ihre Aktivitäten aus eigenen Mitteln finanzieren. Hinzu kam, dass mit der bildungspolitischen Konfrontation der politischen Rechten gegen die Gesamtschule teilweise auch das Gesamtschul-Engagement ermattete, die Arbeit in einigen Landesverbänden schwieriger wurde und die Mitgliederzahlen sanken. Umso wichtiger war die erreichte

Ausgangsbasis von 4.000 Mitgliedern Anfang der 80er Jahre.

## Die konzeptionelle Ausrichtung

Der inhaltliche Schwerpunkt der GGG lag in der konzeptionellen, pädagogisch-didaktischen und in der bildungspolitischen Arbeit sowie in der Weiterbildung von Gesamtschul-Interessierten.

Konzeptionelle Grundlage der GGG wurden die Leverkusener Beschlüsse, die ich im Auftrag des Vorstandes entwerfen sollte und die der Bundeskongress 1973 in Leverkusen verabschiedete. Noch heute sind sie weitreichend und gültig für die GGG. Sie forderten einen einheitlichen, gleiche Berechtigungen vermittelnden Abschluss der Sekundarstufe I, eine Wahlpflichtdifferenzierung, deren Fächer gleichwertige Abschlüsse und die Berechtigung zum Besuch der Oberstufe verleihen, eine inklusive Förderung von Schülerinnen und Schülern mit partiellen Leistungsschwächen, Verzicht auf die Schuljahreswiederholung, soziales Lernen in allen Fächern und die Überwindung der äußeren Leistungsdifferenzierung. Dies bedeutete damals eine erhebliche Weiterentwicklung der Gesamtschul-Konzeption, denn die äußere Leistungsdifferenzierung galt bis dahin als das Rückgrat der Gesamtschule. Pointiert wurde dies gerade von Horst Mastmann vertreten mit der Folge, dass ich wegen meiner Kritik an der Fachleistungsdifferenzierung als Nestbeschmutzer der Berliner Gesamtschule bezeichnet wurde. Wie modern das Leverkusener Programm ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass es sich auch zur Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Leistungsschwächen bekannte.

## Die schulorientierte Tätigkeit

Die visionäre Ausrichtung seit Leverkusen hat die GGG immer mit pragmatischer Arbeit und mit der Kooperation mit der Politik verbunden. Sie wollte selbst zur Umsetzung ihrer Konzeptionen beitragen, d.h. schwerpunktmäßig waren ihre Tätig-

keiten einerseits schulorientiert und andererseits bildungspolitisch.

## Pädagogisch-didaktische Planung

Das Konzept von Leverkusen war mehr als anspruchsvoll. Besonders der Verzicht auf die äußere Leistungsdifferenzierung stand im Widerspruch zu den Prinzipien der ersten Gesamtschulen und den KMK-Richtlinien und viele Lehrkräfte verstanden dies als eine Überforderung ihrer Arbeit. Das Konzept hatte keine Chance, sich bildungspolitisch durchzusetzen, wenn es nicht didaktisch unterbaut wurde. So waren die Arbeitsgemeinschaften ein bedeutendes Arbeitsfeld der GGG. In der Zeit zwischen 1972 bis 1988 haben diese zu 67 Themen getagt; die GGG gab 50 Veröffentlichungen heraus, die überwiegend auf der Leistung der Arbeitsgemeinschaften beruhten. Diese Arbeitsgruppen haben auch die damals jährlichen Bundeskongresse inhaltlich weitgehend gestaltet. Von besonderer Bedeutung unter den Arbeitsgemeinschaften waren neben dem Projektunterricht und dem sozialen Lernen in den Fachbereichen die Schwerpunkte Differenzierung und Team-Kleingruppen-Modell. Ohne diese didaktische Arbeit und deren Verbreitung ist es kaum vorstellbar, dass in die KMK Vereinbarung zur Anerkennung von Gesamtschul-Abschlüssen von 1982 mit ihren harten Auflagen zur äußeren Leistungsdifferenzierung eine Öffnungsklausel für andere Gesamtschulmodelle aufgenommen worden wäre. Es gehört auch zu den Verdiensten dieser Arbeitsgruppen, wenn jetzt einzelne Länder den Gesamtschulen anheimstellen oder sogar für sie vorsehen, auf die äußere Leistungsdifferenzierung zu verzichten. Von Bedeutung waren auch Arbeitsgruppen zur Sonderpädagogik, mit denen sich die GGG lange Zeit am stärksten für die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen stark gemacht hat.

## Die Fort- und Weiterbildung

Die GGG beließ es nicht bei der didaktischen Planung, sondern sie war zugleich

ein Verband der Lehrerweiterbildung. Dieser Aufgabe dienten wiederum die Arbeitsgruppen, ferner die jährlichen Bundeskongresse, die bis zu 600 Teilnehmer/-innen zählten, sowie die nord- und süddeutschen Kongresse und viele Landesaktivitäten, z.B. das 1978 in Nordrhein-Westfalen gegründete – inzwischen bundesweit tätige – FORUM ELTERN UND SCHULE“.

## DIE BILDUNGSPOLITISCHE TÄTIGKEIT

### Die Mobilisierung und Stabilisierung der Basis

Neben der internen Gesamtschularbeit engagierte sich die GGG für die Gesamtschulpolitik. Sie wollte die Gesamtschule nicht nur postulieren, sondern direkt zu ihrer Verbreitung beitragen. Sie setzte vor allem auf die Strategie der Basismobilisierung. Sie verband deshalb ihre visionäre Kraft mit einer Politik, die auch kleine Schritte akzeptierte. Eine Gesamtschulpolitik größerer Schritte gelang vornehmlich nur dem Berliner Schulsenator Carl Heinz Evers und dem hessischen Kultusminister Ludwig von Friedeburg. In den meisten anderen Ländern gehen die Errichtung und die Ausweitung vor allem auf das Engagement von Kommunen und Gesamtschul-Initiativen zurück. Ohne die GGG wäre eine Vielzahl von Initiativen nicht entstanden oder hätte nicht lang genug durchgehalten. Dies ist das Verdienst vieler einzelner GGG-Mitglieder, aber auch der Arbeit der Landesverbände sowie der Bundesveranstaltungen. Sie alle haben zu Aktivitäten vor Ort ermutigt und ihnen auch den Rücken gestärkt.

Für die Gesamtschul-Politik hat sich bewährt, dass sich die GGG für Eltern öffnete. Viele Gesamtschul-Initiativen sind kaum denkbar ohne das Engagement von Eltern, denen die GGG unter anderem über die Elternseminare eine Plattform für ihre Aktivitäten bot. Die GGG setzte sich aber auch dafür ein, den Eltern Mitwirkung in den Schulen über den bisherigen Umfang hinaus zu eröffnen.



**Carl-Heinz Evers**  
GGG-Vorsitzender 1972-1974



**Joachim Lohmann**  
GGG-Vorsitzender 1974-1980



**Otto Herz**  
GGG-Vorsitzender 1980-1982



**Christa Lohmann**  
GGG-Vorsitzende 1982-1988

Die Errichtung vieler Gesamtschulen geht nicht zuletzt auf das Engagement vieler Kommunalpolitiker zurück. Diese zu mobilisieren, hatte sich vor allem der Landesverband Nordrhein-Westfalen auf die Fahne geschrieben; der Erfolg der Kommunen dort war beachtlich. Leider haben wir die kommunale Arbeit ansonsten in der GGG unzureichend gefördert.

Eine gleich große bildungspolitische Leistung der GGG ist auch die politische Stabilisierung der Gesamtschulanhänger/-innen in den Zeiten der härtesten schulpolitischen Konfrontation der Nachkriegszeit. Konservative Regierungen haben zwar mit einer Vielzahl von Stellschrauben die Gesamtschul-Arbeit erheblich erschwert, eine Aufhebung von Gesamtschulen ist ihnen aber fast nirgends geglückt. Das ist vornehmlich ein Verdienst der Kollegien, der Eltern und der Schüler/-innen, aber sicher wurden diese Kräfte auch durch den Durchhaltewillen in den verschiedenen Gliederungen der GGG gestärkt.

### Kooperationen und Einflussnahmen

Eine umfassende Gesamtschul-Strategie kann sich nicht auf die Basismobilisierung verlassen. Dazu ist einerseits die GGG zu schwach und andererseits werden weittragende Entscheidungen auf höherer Ebene getroffen. Eine Organisation, die bildungspolitisch erfolgreich wirken will, muss deshalb Verbündete suchen und Einfluss auf Parteien, Fraktionen und Regierungen zu nehmen versuchen. So sahen es auch die Leverkusener Beschlüsse vor.

Selbstverständlich waren enge Beziehungen der GGG zu den Gesamtschulreferenten der Länder. Für viele von ihnen waren die Kongresse ein gern besuchtes Refugium, da die GGG-Mitglieder zumeist ein hinreichendes Verständnis für deren Zwänge hatte.

Als gesellschaftliche Bündnispartner kamen vor allem die GEW sowie die Gewerkschaften insgesamt in Frage. Während die Kooperation in den 70er Jahren wegen

der Aufbauarbeit und der didaktischen Arbeit nur schwach war, kam es in den 80er Jahren – auch wegen der bildungspolitischen Konfrontation – zu intensiveren Kontakten.

Wegen der Arbeitsüberlastung waren auch die Kontakte des Bundesvorstandes in den 70er Jahren mit befreundeten Parteien und Fraktionen spärlich. Das galt erst recht auf Länderebene, weil der Bundesvorstand darin die Aufgabe der Landesverbände sah, aber im Hintergrund stand auch eine stark basisorientierte Strategie. Das gilt auch für die Kontakte zu den Kultusministerien und den Landesregierungen, abgesehen bei der Vorbereitung und Durchführung des Bundeskongresses im jeweiligen Bundesland.

Dies änderte sich in den 80er Jahren unter dem Bundesvorsitz von Christa Lohmann und ihrem Stellvertreter Horst von Hassel. In dieser Zeit gelang es, u.a. den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gustav Fehrenbach zur Kongresseröffnung zu gewinnen und Gespräche mit allen Kultusministern der SPD zu führen.

Seit den 80er Jahren versuchte die GGG ferner durch Stellungnahmen an Bund und Länder die politische Willensbildung – z.B. zu den Auflagen zur Anerkennung von Gesamtschul-Abschlüssen – zu beeinflussen.

Eine einmalig enge Kooperation ging die GGG seit 1972 mit dem Bundesbildungsministerium ein; faktisch war die GGG für den Bund ein Organ, über das er wegen seiner geringen Kompetenzen seine schulpolitische Auffassung mit verbreiterte. Eingeleitet worden war die Zusammenarbeit durch Carl-Heinz Evers mit der Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher und später durch Bernd Frommelt mit Hans-Georg Rommel im Bundesbildungsministerium, der dann die didaktische Planung und Weiterbildung der GGG bis zur politischen Wende finanziell großzügig unterstützt hat.

Eine langfristige, aber nicht beabsichtigte Wirkung der GGG-Gründung war der

Aufstieg von aktiven GGG-Mitgliedern in die Schulverwaltung, in die Politik sowie in die Lehreraus- und -fortbildung. So wurde z.B. Bernd Frommelt Abteilungsleiter im hessischen Kultusministerium und Hartmut Holzapfel hessischer Kultusminister, um einige zu nennen. Erstaunlich viele Aktive wurden Dozenten im Bereich Pädagogik und Didaktik an Universitäten. So wurde und wird das Gedankengut der GGG weiter getragen.

### Strategische Schwächen

Die Spannung zwischen Vision und Pragmatik hat die GGG schulpolitisch ausgehalten. Sie verband das Bekenntnis zur gemeinsamen Schule für alle mit der grundsätzlichen Unterstützung jeder einzelnen Gesamtschul-Initiative. Strategien von Landesregierungen wurden aber in Frage gestellt, sobald sie über die Gründung einzelner Gesamtschulen hinaus gingen, ohne die gemeinsame Schule für alle schon jetzt realisieren zu wollen. Nicht wenige sahen in solchen Strategien die Vision einer gemeinsamen Schule für alle gefährdet:

- Vornehmlich die Kultusminister von Hessen und Niedersachsen errichteten neben den integrierten auch kooperative Gesamtschulen. Die GGG hatte zwar recht, dass die Kooperation von sich aus nur selten zur Integration führte, sie erleichterte aber politisch wie jetzt in Bremen die Umwandlung der dortigen Schulzentren in integrierte Gesamtschulen unter dem Namen Oberschule. Die Einstellung der GGG auf Bundesebene zu den kooperativen Gesamtschulen war stets von strittigen Diskussionen begleitet und blieb immer von Zurückhaltung geprägt, obwohl eine stärkere Zusammenarbeit eher deren Weiterentwicklung gefördert hätte.
- Auch bei dem Gesetzesvorhaben der nordrhein-westfälischen Landesregierung von 1976 unter dem Namen

Koop-Schule blieb die GGG einschließlich unseres Vorstandes auf Distanz, obwohl wir jetzt glücklich wären, diese Ausgangsbasis für weitere Strukturreformen zu haben. Die Koop-Schule sollte die Hauptschule mit mindestens einer Realschule oder einem Gymnasium verbinden; für die Klassenstufe 5 und 6 sah sie eine integrierte Orientierungsstufe und anschließenden schulformbezogenen Abteilungen vor. Realschulen mussten und die Gymnasien konnten in die Koop-Schule eingebunden werden. Doch die Koop-Schule wäre wohl selbst bei klarer Zustimmung der Gesamtschulanhänger an dem Volksbegehren gescheitert.

- Als der Hamburger Senat 1979 das Elternrecht auf Gesamtschule gesetzlich durchsetzte, gab es in Hamburg einen großen Schub zugunsten der Gesamtschule; Hamburg hat auf Grund dessen nebst Berlin mit 27 % der Achtklässler den höchsten Anteil an Gesamtschul-Besuchen. Doch die GGG war bei dieser Strategie gespalten, weil nicht wenige mit der gesetzlichen Fixierung des Elternrechtes eine gemeinsame Schule für alle für nicht mehr durchsetzbar hielten. Dabei wären wir jetzt erheblich weiter, wenn die Hamburger Strategie auch in anderen Ländern durchgesetzt worden wäre. Nach dem Gesetzentwurf zur Zweigliedrigkeit in Hamburg soll jetzt das Elternrecht beim Übergang in das Gymnasium durch ein Übergangsverfahren der Primarschule ersetzt werden. Damit erweisen sich die früheren Befürchtungen als überzogen, vielmehr wird jetzt in Hamburg die Leistungsfeststellung über das Elternrecht mit seiner sozialen Auslesefunktion gestellt.

Insgesamt hat die GGG bei der Vermittlung von Vision und Strategie Schwächen gezeigt. Wenn Regierungen oder Parlamente weiterreichende Gesamtschul-Strategien entwickelt hatten, wurde die GGG aus Angst um ihre Zielsetzung zum Bedenkenträger gegen Zwischenschritte. Sie selbst

hat weder auf den Kongressen, in den Mitgliederversammlungen noch in den Bundesvorständen zu meiner Zeit oder später eigene realisierbare Zwischenschritte entwickelt.

### Fazit

Die Leistungen sind die Erfolge aller Vorstandsmitglieder, die ihre Arbeit stets ehrenamtlich neben einer Haupttätigkeit geleistet haben. Weit mehr muss all denen gedankt werden, die in den Arbeitsgemeinschaften, den Kongressen, den Initiativen und den Gesamtschulen vor Ort sich für die gemeinsame Schule für alle eingesetzt haben. Besonders muss den ehrenamtlichen Geschäftsführerinnen und -führern Herbert Frommberger (1969 – 1972), Günter Bechert (1972-1978), Marlies Geinzer (1978 – 1982) und Günter Kreiner (1982 – 1992) gedankt werden.

Es war richtig, die GGG zu gründen. Sie hat zur Verbreitung und Vertiefung der Gesamtschulidee beigetragen. In den ersten 20 Jahren hat sie ein weitgehendes Konzept für die Gesamtschule entwickelt und hat mit ihrer Basisorientierung zu Gesamtschul-Gründungen beigetragen. Sie hat maßgeblich mit bewirkt, dass sowohl die Idee wie auch die Gesamtschulen selbst in den Zeiten der Konfrontation und Repressalien durchgehalten haben. ♦

### Anmerkungen

Für Material und kritische Anregungen danke ich vor allem Christa Lohmann sowie Günter Bechert, Bernd Frommelt, Otto Herz und Jürgen Theis.